

Dringlicher Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Erhalt des bedeutenden Innovationsstandortes für Solarzellenproduktion in Freiberg – Langfristige Perspektive für die Beschäftigten sichern**

Der Landtag möge beschließen:

I.

Der Landtag spricht sich mit Nachdruck dafür aus, alle bestehenden Möglichkeiten und Wege zu nutzen, um den für den Freistaat Sachsen bedeutsamen Innovationsstandort der Solarzellenproduktion in Freiberg zu erhalten und den von der derzeitig angekündigten Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Solarworld AG, Bonn, am Standort Freiberg betroffenen 1.200 Beschäftigten eine langfristige Perspektive zu geben.

II.

Die Staatsregierung wird dringend aufgefordert, unverzüglich

1. alle kurzfristig zur Verfügung stehenden Mittel und Maßnahmen des Freistaates Sachsen für den Erhalt des Solarzellenproduktion-Standortes in Freiberg zu nutzen, insbesondere die Möglichkeiten und Finanzierungsinstrumente des sächsischen Staatshaushaltes,
2. den Kontakt mit dem Freistaat Thüringen aufzunehmen, um ein konzertiertes Vorgehen für die betroffenen Standorte in beiden Bundesländern einzuleiten und voranzubringen,

Es wird beantragt, den Antrag für dringlich zu erklären.

Dresden, den 11. Mai 2017

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

3. insbesondere auch im Interesse der betroffenen Beschäftigten die Entwicklung eines tragfähigen Fortführungskonzeptes für das Solarzellenproduktion am Standort Freiberg nach Möglichkeit anzustoßen und zu unterstützen, und dazu alle am Insolvenzprozess Beteiligte einzubinden,
4. den Landtag und die Öffentlichkeit rechtzeitig über die konkreten, kurz-, mittel- und langfristigen Pläne der Staatsregierung bei ihrem weiteren Vorgehen zum Erhalt des Solarzellenproduktion-Standort in Freiberg zu informieren,
5. das von ihr hieraus abgeleitete generelle Vorgehen, wie die Regionen in Sachsen beim Strukturwandel im Jahr 2017 und in den nächsten Jahren unterstützt werden sollen und welche Funktion der Freistaat Sachsen bei der Initiierung frühzeitiger, präventiver Transformationsprozesse in vom Strukturwandel noch nicht direkt betroffenen, aber bereits bedrohten Regionen in Sachsen übernehmen soll bzw. wird, öffentlich darzulegen.

Begründung:

Nach der bundesweiten Medienberichterstattung vom heutigen Tage hat der Vorstand der Solarworld AG in Bonn bereits am gestrigen Tage in einer Pflichtmitteilung an die Börse angekündigt, den Antrag auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen zu wollen, wobei als Grund „die weiter voranschreitenden Preisverwerfungen auf dem weltweiten Solarmarkt“ genannt werden. „Auch für die Tochtergesellschaften werde eine Insolvenzantragspflicht geprüft. In Freiberg (Mittelsachsen) beschäftigt der Solarworld-Konzern rund 1200 Mitarbeiter.“ (<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Preissturz-auf-dem-Weltmarkt-treibt-Solarworld-in-die-Pleite-artikel9901762.php>; Online-Ausgabe der Freien Presse vom 11.05.2017)

Die Solarindustrie ist seit Längerem ein wichtiger Bestandteil der sächsischen Industriebranche und nimmt eine Schlüsselfunktion für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ein. Noch im Jahre 2010 begrüßte der Sächsische Ministerpräsident Tillich in seiner Willkommensbroschüre bereits die Leserschaft mit den Worten:

„Vom ersten europäischen Porzellan aus der Zeit August des Starken bis zur superflachen Solarzelle des 21. Jahrhunderts: Sachsen ist ein moderner Teil Deutschlands.“

Die Hinnahme des nunmehr offensichtlich bevorstehenden Zusammenbruchs dieses bedeutsamen Industriezweiges wäre daher für Sachsen ebenso wenig zu verkraften, wie für die in Freiberg, am größten Solarherstellerstandort in Sachsen, 1.200 Beschäftigten der Tochtergesellschaft der Solarworld AG. Aus diesen beiden tragenden Gründen – Erhalt einer wichtigen Leitindustrie in Sachsen und Sicherung der großen Anzahl an bedrohten Arbeitsplätzen – müssen die Mitglieder des Landtages ihrer politischen Verantwortung nachkommen und sich mit Nachdruck für Erhalt dieses bedeutenden Innovationsstandortes für Solarzellenproduktion in Freiberg sowie für die Sicherung langfristiger Beschäftigungsperspektiven an diesem Standort aussprechen.

Zugleich ist die Staatsregierung gefordert, die im Antragspunkt II. aus Sicht der Fraktion DIE LINKE notwendigen Sofortmaßnahmen zur rechtzeitigen Abwendung des Verlustes dieses für die erfolgreiche Bewältigung der Energiewende erforderlichen Industriestandortes in

Freiberg umzusetzen und die gebotene Transparenz für die dabei laufenden Prozesse herzustellen.

Begründung der Dringlichkeit:

Auf Grund der mit dem heutigen 11. Mai 2017 öffentlich bekannt gewordenen akuten Bedrohung des Fortbestandes des Innovationsstandortes für Solarzellenproduktion in Freiberg und der dortigen Arbeitsplätze, besteht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ein dringender und unmittelbarer Handlungs- und Entscheidungsbedarf für das Ergreifen von wirksamen Maßnahmen zum Erhalt dieses Industriestandortes, die keine weiteren zeitlichen Verzug erlauben. Aus diesen Gründen ist eine unverzügliche Beschlussfassung des Landtages zu dem vorliegenden Antrag dringend geboten.

Angesichts des offensichtlich anstehenden Insolvenzverfahrens der Solarworld AG und der daraus drohenden unmittelbaren Folgen für den Fortbestand des Tochterunternehmens am Standort Freiberg ist auch in Anbetracht des Zeithorizontes eine rechtzeitige Entscheidung des Landtages über einen dringenden Handlungsauftrag an die Staatsregierung, sich aktiv in die Rettung des Standortes und der bedrohten Arbeitsplätze einzuschalten, im üblichen Verfahren nicht zu erreichen.

Hierzu braucht es eine sofortige und klare Positionierung, Meinungsbildung und Entscheidung des Landtages im bevorstehenden Maiplenum, um nicht zuletzt auch der Staatsregierung die dringend gebotene Unterstützung des Landtages bei der Umsetzung der dringend erforderlichen Rettungsmaßnahmen verlässlich zum Ausdruck zu bringen, womit der vorliegende Antrag dringlich im Sinne des § 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages ist.